

Der Aufschwung verstärkt sich

Die Regierung Helmut Kohl hat einen neuen Anfang in der Politik gemacht. Sie hat die Weichen für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Sicherheit gestellt. Die Erfolge seit dem Regierungswechsel vor fünf Monaten belegen, es geht wirtschaftlich wieder aufwärts in Deutschland, der wirtschaftliche Aufschwung, der sich seit Herbst letzten Jahres abzeichnete, verstärkt sich auf breiter Front:

- die Bürger und die Wirtschaft fassen immer mehr Vertrauen,
- die Sparmaßnahmen der Bundesregierung zeigen positive Wirkung und
- der wirtschaftliche Aufschwung setzt sich nachhaltig fort.

Die verfehlte Politik der SPD hat in der Vergangenheit einen tiefen Pessimismus bei Wirtschaft und Bürgern entstehen lassen. Diese pessimistische Grundströmung ist seit dem Regierungswechsel durchbrochen. Seitdem hat sich nach Ansicht des Instituts für Demoskopie der Abwärtstrend „auf geradezu sensationelle Weise in einen Aufwärtstrend verwandelt“. Immer mehr Bürger sehen mit Zuversicht in die Zukunft; das gilt auch für die Wirtschaftsentwicklung.

Die Sparmaßnahmen der Bundesregierung zeigen positive Wirkung:

Die Mark gewinnt sowohl im Verhältnis zu den wichtigsten Handelspartnern der Bundesrepublik Deutschland wie auch gegenüber dem US-Dollar an Wert. Das bringt Vorteile für den, der im Ausland Urlaub macht und verbessert unsere Ölbilanz. Denn wir müssen gut 90 Prozent unseres Ölbedarfs aus dem Ausland importieren und in US-Dollar bezahlen. Im Januar 1983 war das Heizöl bereits um 6,1 Prozent billiger als vor einem Jahr.

Erstmals seit drei Jahren ist die deutsche Leistungsbilanz mit dem Ausland im Jahr 1982 wieder positiv. Dies ist auf die Entwicklung in den letzten Monaten des Jahres 1982 zurückzuführen. Allein im Dezember 1982 gab es einen Überschuß in der Leistungsbilanz von 5,3 Mrd. DM. Auch in der Zahlungsbilanz hat die Bundesrepublik Deutschland erstmals seit vier Jahren einen Überschuß (+5,4 Mrd. DM) erwirtschaftet.

Durch die solide und sparsame Haushaltspolitik der Regierung Helmut Kohl konnte die Deutsche Bundesbank die Leitzinsen um 2 Prozentpunkte senken. Die Kreditinstitute haben nachgezogen und ihre Zinsen für Dispositions- und Ratenkredite sowie für Hypothekendarlehen verbilligt.

Das hat zu einem starken Anstieg der Hypothekenzusagen der Pfandbriefinstitute und der Sparkassen geführt. Besonders lebhaft war die Entwicklung in den letzten drei Monaten des Jahres 1982 mit Steigerungsraten von +69 Prozent bei den Pfandbriefinstituten und +92 Prozent bei den Sparkassen.

Niedrige Zinsen bedeuten auch:

Privaten Investoren wird es leichter, neue Arbeitsplätze zu schaffen. 2 Prozent weniger Zinsen bringen dem Bürger und der Wirtschaft zwischen 14 und 16 Mrd. DM.

Für fast 400 000 Sozialmieter gehen die Mieten runter — bis zu 80 Pfennig pro Quadratmeter. Das macht je nach Finanzierung und Größe der Wohnung bis zu 60,— DM im Monat weniger Miete.

Der Bau eines Eigenheims wird billiger. Betragen die Gesamtkosten 350 000,— DM — wie sie dem Durchschnitt entsprechen — und liegt die Fremdfinanzierungsquote bei 80 Prozent, dann führt die Senkung der Zinsen um 2 Prozentpunkte zu Kosteneinsparungen von jährlich 5 600,— DM oder monatlich 466,— DM.

Auch die Anschaffung von Gütern des täglichen Lebens wird billiger. Dies gilt für den Kauf eines Autos, für den Kauf von Möbeln und anderer hochwertiger Gebrauchsgüter, wenn sie mit Krediten finanziert werden.

Erstmals seit fast vier Jahren sind die Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik Deutschland um weniger als 4 Prozent angestiegen: Im Januar 1983 lag die Preissteigerungsrate bei 3,9 Prozent. Allein seit dem Regierungswechsel ist der Preisanstieg um einen ganzen Prozentpunkt zurückgegangen. Das heißt:

- mehr reale Kaufkraft, die Hausfrau kann mit ihrem Geld mehr einkaufen;
- steigende Absatzchancen im In- und Ausland und damit gesicherte Arbeitsplätze;
- die Löhne und Gehälter gewinnen an Wert;
- und: stabile Preise sind wichtig, damit die Zinsen weiter sinken.

Die Renten und das Arbeitslosengeld sind wieder sicher. Die Renten werden wie geplant am 1. Juli 1983 um 5,6 Prozent erhöht, keine Rente wird gekürzt. Wenn die neue Regierung nicht sofort gehandelt hätte, wäre die Rentenversicherung spätestens im August 1983 zahlungsunfähig gewesen. Ohne die Sofortmaßnahmen der Bundesregierung, die durch die SPD-Politik erzwungen worden sind, wäre die Bundesanstalt für Arbeit 1983 mit über 13 Mrd. DM ins Defizit geraten:

Noch nicht einmal das Arbeitslosengeld wäre bei der SPD gesichert gewesen.

Die Kostendämpfung im Gesundheitswesen zeigt Erfolg: Über 200 Krankenkassen haben Anfang 1983 ihre Beitragssätze gesenkt.

Der wirtschaftliche Aufschwung hat auf breiter Front eingesetzt

Nach Jahren wirtschaftlichen Stillstands und Rückgangs haben wir in diesem Jahr erstmals wieder Wachstum. In der zweiten Hälfte des Jahres 1983 wird sich das reale Brutto sozialprodukt um ca. 2,5 Prozent erhöhen. Nach Meinung des Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, Schlesinger, kann der wirtschaftliche Aufschwung sogar noch stärker ausfallen.

Aus der Industrie kommen deutliche Signale einer Belebung zum Jahresende 1982: Die Aufträge nahmen zu, die Produktionspläne werden wieder aufgestockt.

Im November und Dezember 1982 nahm der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe um +7,5 Prozent, im Investitionsgüterbereich um +15 Prozent und im Verbrauchsgütergewerbe um +3 Prozent zu. Auch im Groß- und Einzelhandel haben sich die im November festzustellenden Erholungstendenzen über den Dezember hinaus fortgesetzt. Dies wird 1983 zusammen mit den fallenden Zinsen zu einem Abklingen der Pleiten-Welle führen. Dies erwartet auch der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger.

Das Wohnungsbauprogramm der Regierung Helmut Kohl zeigt Wirkung. Die Hilfen für den Wohnungsbau kommen an. Das stellt Bremens SPD-Bürgermeister, Hans Koschnick, fest:

„Ich muß aber auch herausstellen, daß die jetzige Bundesregierung mit ihren Wohnungsbauaktivitäten eine wesentliche Unterstützung der brachliegenden Bauwirtschaft geben wird.“

Banken, Sparkassen und Bausparkassen melden stürmische Nachfrage nach der staatlichen Zinsverbilligung von 2,5 Prozentpunkten für Bausparzwischenkredite. Dieses Programm ist bundesweit bereits zu mehr als 60 Prozent belegt.

Es gibt eine Flut von Bauanträgen. In vielen Bundesländern hat sich von Oktober bis Dezember 1982 die Zahl der Bauanträge zwischen 50 und 120 Prozent erhöht. In Stuttgart lag die Zahl der Bauanträge im Januar 1983 um 50 bis 60 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auch Düsseldorf meldet einen Bauboom. Allein im Dezember gingen 650 Anträge beim Bauordnungsamt ein.

Seit Anfang Dezember wurden Anträge für 55000 neue Wohnungen gestellt. Erstmals seit 5 Jahren zeichnet sich nach Meldungen des Verbandes Deutscher Hypothekenbanken jetzt auch ein deutlicher Anstieg der Investitionen im Mietwohnungsbau ab.

Die Chancen für die Jugendlichen haben sich verbessert. Die Jugendarbeitslosigkeit wird abgebaut. Dies ist das Ergebnis des persönlichen Einsatzes von Bundeskanzler Helmut Kohl bei den Verbänden der Wirtschaft und des Handwerks.

Für jeden Jugendlichen ist eine Lehrstelle da. Die Wirtschaft wird für 1983 für alle Jugendlichen, die ausbildungsbereit und ausbildungsfähig sind, eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen anbieten.

Zusätzlich zu dem Bestand von Ausbildungsplätzen (655000) werden 30000 neue Lehrstellen von der Wirtschaft zur Verfügung gestellt.

Die Wirtschaft wird jungen Arbeitslosen, die ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind, ermöglichen, ein berufsorientierendes Jahr in Betrieben und in überbetrieblichen Einrichtungen zu absolvieren.

Diese Fakten belegen:

- die Zuversicht in eine bessere Zukunft unseres Landes wächst;
- die Sparmaßnahmen der Bundesregierung zahlen sich für den einzelnen Bürger aus;
- der wirtschaftliche Aufschwung setzt sich verstärkt fort.

13 Jahre SPD-Politik haben unserem Land Massenarbeitslosigkeit, eine gigantische Staatsverschuldung und über 100 000 Firmenpleiten beschert. Das beweist, die SPD versteht nichts von Wirtschaft und kann mit dem Geld der Bürger nicht umgehen.

Die SPD und ihr Kandidat haben nichts dazugelernt: In ihrem Wahlprogramm von Dortmund setzt die SPD auf staatliche Wirtschaftslenkung, auf unbezahlbare Versprechungen, auf noch mehr Belastungen für den Bürger und für die Wirtschaft, auf noch höhere Staatsverschuldung. Sie will in den nächsten vier Jahren Bürger und Wirtschaft mit über 50 Mrd. DM zusätzlichen Steuern belasten. Das sind die Rezepte, mit denen die SPD unser Land in die Krise gebracht hat.

Auf der Basis dieses Wahlprogramms will der SPD-Kandidat Vogel insbesondere folgende Maßnahmen ergreifen:

- Der SPD-Kandidat Vogel will alle Sparmaßnahmen der Regierung Helmut Kohl, die zur Gesundung der Staatsfinanzen und der Wirtschaft erforderlich waren, wieder rückgängig machen. Gleichzeitig sollen neue nutzlose Strohfeuerprogramme in Milliardenhöhe (ca. 50 Mrd. DM) aufgelegt werden. Die Folge: Die Staatsverschuldung wächst, die Zinsen steigen wieder, es wird weniger investiert, es gibt noch mehr Arbeitslose.

- Der SPD-Kandidat Vogel will das neue verbesserte Mietrecht wieder rückgängig machen und lehnt die Wohnungsbaupolitik der Regierung Helmut Kohl ab. Dadurch wird der Aufschwung der Bauwirtschaft wieder abgewürgt. Die Folge: 100 000 Wohnungen weniger, mehr Wohnungsuchende, höhere Mieten, 200 000 Arbeitslose allein in der Bauwirtschaft mehr.

- Der SPD-Kandidat Vogel will Investitionen für zukunftsweisende Technologien, z. B. im Energie- und Medienbereich, blockieren. Die Folge: 50 000 neue Arbeitsplätze in krisensicheren Berufen werden gar nicht erst geschaffen. Die deutsche Industrie verliert ihren Weltstandard und wird zweitklassig.

- Das von Hans-Jochen Vogel angestrebte wachstumsfeindliche rotgrüne Bündnis würde den sich abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung abwürgen, die Wirtschaft noch mehr belasten, die Staatsverschuldung erhöhen. Die Folge: Wirtschaftskrise als Dauerzustand, das Ende der sozialen Sicherheit, noch mehr Arbeitslose. Wenn aber Teile der SPD zusammen mit den Grünen wirtschaftliches Wachstum verhindern, wird die Arbeitslosenzahl in wenigen Jahren auf 5 Mill. ansteigen.

Die SPD hat kein Konzept zur Bewältigung der Wirtschaftskrise. Sie hat aus ihren früheren Fehlern nichts gelernt.

Es ist klar: Bei der kommenden Bundestagswahl geht es in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik um die Alternative:

Rückfall in die Wirtschaftskrise mit der SPD oder Aufschwung mit der CDU